

Sachlichkeit auch bei Kritik einhalten

Zu „Mehr Bürgerengagement gefordert – Neujahrsempfang der CDU Walzbachtal“ vom 1. Februar:

Der CDU-Landtagsabgeordnete Joachim Köbler übt „scharfe Kritik an der Schulpolitik des Landes“. Offensichtlich hat die CDU immer noch nicht ganz begriffen, dass es durchaus im Sinne der Eltern war, dass die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abgeschafft wurde. Auch die neue Möglichkeit von G 9 neben G 8 wird von zwei Drittel der Eltern in Baden-Württemberg gerne genutzt, soweit dafür die Möglichkeit besteht.

Beides zusammen und die demografische Entwicklung hat dazu geführt, dass eine Dreigliedrigkeit in vielen Kommunen mangels Schülerzahl gar nicht mehr möglich ist und deshalb – wohl auch zur Überraschung der Landesregierung – überall im Land, auch in den von der

CDU dominierten Gemeinden, die Einführung von Gemeinschaftsschulen gefordert wird.

Vor allem wegen der wenig vorausschauenden Politik der alten Landesregierung werden wir nun vom demografischen Wandel auf dem „falschen Fuß“ erwischt. Im Übrigen sollte man seitens der CDU nicht so „scheinheilig“ eine Kampagne gegen die Gemeinschaftsschule reiten: Entspricht es nicht dem Konzept von Bundesbildungsministerin Schavan, die für die CDU ebenfalls das Zwei-Säulen-Modell propagiert?

Auch bei den Finanzen fühlt man sich bei der Aussage von Joachim Köbler im „falschen Film“. Es war die CDU, die in den vergangenen 57 Jahren den Ministerpräsidenten und den Finanzminister stellte und insgesamt 43 Milliarden Schulden anhäufte, für die jetzt die neue Landesregierung bei drei Prozent Zins

und zwei Prozent Tilgung immerhin 2,15 Milliarden Euro jährlich bezahlen muss, also 550 Millionen mehr, als die Landesregierung in den beiden nächsten Jahren an neuen Schulden aufnehmen will.

Im Übrigen bekommen die Kommunen in Baden-Württemberg neuerdings zwischen 350 Millionen und 450 Millionen mehr Geld für die Erziehung unserer Kinder. Auch die Mehreinnahmen aus Steuern gehen über die erhöhten Schlüsselzuweisungen zum größten Teil direkt an die Kommunen weiter, weshalb im ganzen Land bei den Kommunen wieder „Entspannung“ angesagt ist.

Bei aller Kritik am politischen Gegner sollte man diese Wahrheiten nicht verschweigen und auch bei gegensätzlichen Auffassungen zu einer sachlich fundierten Politik übergehen.

Heinrich Sickinger
Stutensee